

Kommunalfinanzen: Lage auch in NRW deutlich verbessert

Zum dritten Mal in Folge haben die Kommunen 2017 einen deutlichen Überschuss erzielt. Nach rund drei Milliarden Euro in 2015, etwa 4,4 Milliarden Euro in 2016, fiel das Ergebnis 2017 mit rund 9,7 Milliarden Überschuss besonders gut aus. In der überwiegenden Zahl der Länder liegen die Jahresergebnisse 2017 deutlich über den Ergebnissen von 2016 – besonders in NRW mit einem Plus von 2,5 Milliarden Euro.

Die Verschuldung der Kommunen ist 2017 zum zweiten Mal in Folge zurückgegangen. Die Kommunen können weiter mit steigendem Anteil am Gesamtsteueraufkommen rechnen. „Das Ergebnis der Steuerschätzung im Mai 2018 hat erneut bestätigt: Landkreise, Städte und Gemeinden werden auch weiterhin besonders von der Politik der unionsgeführten Bundesregierung profitieren“, so MdB Karsten Möring.

Generaldebatte: Bundestag berät Bundeshaushalt 2018

Mit den zunehmenden Krisenherden in der Welt hat Bundeskanzlerin Angela Merkel Mehrausgaben für Verteidigung und Entwicklung gerechtfertigt. In der Generalausprache des Bundestages zum Haushalt 2018 sagte Merkel, Deutschland brauche eine Bundeswehr, „die den heutigen Anforderungen Rechnung trägt“. Zudem müsse insbesondere in die Digitalisierung investiert werden. Durch Fortsetzung der soliden Haushaltspolitik werde die gesamtstaatliche Schuldenquote 2019 erstmals seit 2002 unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fallen.



„Die Mittel für die Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle sind gut angelegtes Geld, denn Sicherheit ist oberstes Gebot“, so MdB Karsten Möring als verantwortlicher Berichterstatter zur nuklearen Sicherheit am Dienstag in der Debatte zum Umweltetat. (Bild: privat)

Wegen der Verlagerung der Zuständigkeit für Bau schrumpft der Etat des Umweltministeriums im Vergleich zu 2017 um 3,1 Milliarden Euro. Dessen ungeachtet werden Klima- und Umweltschutz weiter gestärkt. Die Verkehrsinvestitionen werden auf dem hohen Niveau von 14,1 Milliarden Euro fortgeführt. Die Ausweitung der Lkw-Maut zum 1. Juli auf das gesamte Bundesfernstraßennetz ist im Haushalt ebenso abgebildet wie das „Sofortprogramm Saubere Luft 2017 - 2020“ zur Verbesserung der Luftqualität in den Städten. Die Ausgaben für Innere Sicherheit steigen noch einmal an und überschreiten erstmals die Summe von 5 Milliarden Euro. Die Mittel kommen Bundespolizei und Bundeskriminalamt zugute.

MdB Möring: „Für mich steht insbesondere unsere Wohnrauminitiative im Mittelpunkt! Den Eigentumserwerb für junge Familien fördern wir, indem wir rückwirkend zum 1.1.2018 das Baukindergeld für den Neubau oder den Erwerb einer selbst genutzten Bestandsimmobilie einführen. Anträge sollen ab August bei der KfW gestellt werden können.“ Weitere Bestandteile sind Verbesserungen bei der Mietpreisbremse sowie steuerliche Anreize für den Neubau von Wohnungen im bezahlbaren Mietsegment, so das Kölner Mitglied im Bauausschuss.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die Dekra hat bei Messungen in Stuttgart Erstaunliches entdeckt. In U- und S-Bahnhöfen lag die Feinstaubbelastung deutlich höher als am Hotspot



Neckartor. Es ist also unrealistisch, nur den Autoverkehr für die Luftbelastung verantwortlich zu machen, und es gibt keine einfachen Lösungen zur Reduzierung der Schadstoffimmissionen.

Derweil will die DUH auch künftig eigene Messungen durchführen und das Thema weiter anheizen. Dabei waren schon ihre letzten Alarmlmeldungen über zu hohe Werte in zahlreichen Städten sinnlos, weil sie auf Messmethoden beruhen, die nicht den Vorgaben der EU entsprechen. „Automobilpapst“ Ferdinand Dudenhöffer hat nicht ganz Unrecht, wenn er davor warnt, Deutschland in eine „Weltmessstation für Luftimmissionen“ umzugestalten.

Vor einigen Wochen habe ich im Kölner „Express“ eine weitere Messstation am Clevischen Ring vorgeschlagen, um die Werte der aktuellen Station besser einschätzen zu können. Die steht nämlich an einem schlecht durchlüfteten Ort. Dafür erntete ich Kritik und Häme. Dass ich nicht so falsch lag, zeigt der jüngst gefasste Beschluss der Länderverkehrsminister, die Messstandorte auf Übereinstimmung mit den Vorgaben der EU zu überprüfen.

Sicher ist: unsere Luft ist seit Jahren immer besser geworden. Deshalb genießen Sie die frische Luft an den sonnigen Pfingsttagen. Das wünscht Ihnen

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Nationales Begleitgremium überreicht Jahresbericht

Das Nationale Begleitgremium zur Endlagersuche, das unter der Leitung von Ex-Umweltminister Prof. Klaus Töpfer den Prozess zur Suche nach einem Endlagerstandort für die Einlagerung hochradioaktiver Abfälle unabhängig und vermittelnd begleitet, hat an den Bundestag appelliert, zügig eine gesetzliche Grundlage für die Veröffentlichung aller verfügbaren geologischen Daten zu schaffen. Ein Geowissenschaftsdaten-gesetz werde dringend benötigt, um von Anfang an Transparenz im Standortauswahlverfahren zu sichern. Dies betonten die Mitglieder des Nationalen Begleitgremiums bei der Übergabe des 1. Tätigkeitsberichts am Dienstag an die zuständigen Abgeordneten der Bundestagsfraktionen. Für die CDU/CSU nahm Karsten Möring den Bericht entgegen und schloss sich dieser Forderung ausdrücklich an.

Das Nationale Begleitgremium beklagte ferner „bürokratische Reibungsverluste“ bei der personellen Besetzung der Geschäftsstelle, die beim Umweltbundesamt angesiedelt ist. Da seine Unabhängigkeit auch von einer arbeitsfähigen Geschäftsstelle abhängt, appellierte MdB Karsten Möring in seiner Rede zum Haushalt des Umweltministeriums an die neue Bundesumweltministerin Svenja Schulze, sich der Probleme im Sinne des Begleitgremiums anzunehmen. ([Hier Rede ansehen](#))

Spannender Know-how-Transfer im Reichstag



Politik trifft Wirtschaft – das ist das Motto des Know-how-Transfers, einer Projektwoche der Wirtschaftsjuvenen Deutschland, an der auch MdB Karsten Möring teilnimmt. Eine Woche lang hatte der Kölner Politiker den Jungunternehmer Alexander Mittler (Firmenschwerpunkt Internationale App- und Blockchain-Entwicklung) in Berlin zu Gast und konnte ihm während der spannenden Haushaltswoche Einblick in den Politikbetrieb geben. „Ich bin froh, dass die Wirtschaftsjuvenen diesen Austausch organisieren und dass die jungen Unternehmer sich die Zeit nehmen, unsere Arbeit hautnah mitzuerleben“, so Möring. (Bild: privat)

PPP festigt die transatlantische Freundschaft



Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogrammes (PPP) können regelmäßig Schüler und junge Berufstätige aus Deutschland und den USA für ein Jahr die Menschen und die Kultur des jeweils anderen Landes kennenlernen. Für die 16jährige Schülerin Taylor Hedges aus dem US-Bundesstaat New Mexiko, seit Mitte 2017 in Köln, geht der Aufenthalt in Deutschland demnächst zu Ende.

Ohne Deutschkenntnisse nach Deutschland gekommen, besuchte die Stipendiatin das Lessing-Gymnasium Porz-Zündorf. Sie hat Freundschaften geschlossen und hofft auf Gegenbesuche in den USA. MdB Möring freut sich bei ihrem Abschiedstreffen in Porz, dass Taylor ihre erworbenen Deutschkenntnisse pflegen möchte: „Das Programm festigt die transatlantische Freundschaft und bietet die hervorragende Möglichkeit eine andere Sprache und Kultur kennen zu lernen“, so Möring. (Bild: privat)

SPD lenkt beim Familiennachzug für Gefährder ein

In der emotionalen Debatte um den Familiennachzug für Angehörige von ehemaligen Gefährderten haben sich Union und SPD darauf verständigt, die Ausnahmeregelung im Gesetzentwurf zu streichen. Das SPD-geführte Justizressort hatte sich für eine Regelung bei „geläuterten“ Gefährderten starkgemacht.

MdB Karsten Möring: „Die Union hatte in dieser Angelegenheit von Anfang an eine ganz klare Haltung: Es gibt keinen Nachzug zu Gefährderten! Es ist naiv zu glauben, dass jemand, der heute Anschlagpläne habe, sich morgen davon distanzieren, um friedvoll dem Familienleben in Köln nachzugehen. Ich freue mich, dass die SPD einlenkt und Vernunft einkehrt. Ausnahmen, die den Nachzug unter eng begrenzten Umständen ermöglicht hätten, werden nun im parlamentarischen Verfahren gestrichen“, so Möring.

Impressum:

Ausgabe Nr. 11 der 19. Wahlperiode

18. Mai 2018

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häbeler/

Dr. Jürgen Reuter

